

# Internationales Erbrecht

## Schweiz

von

**Urs Bürgi**

Rechtsanwalt in Zürich  
sowie Inhaber des Zürcher Notar-,  
Grundbuch- und Konkursverwalter-Patentes

3., völlig neu bearbeitete Auflage 2017

**C.H.BECK**  
**HELBING LICHTENHAHN**

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort .....	V
Literaturverzeichnis .....	XXXVII
Abkürzungsverzeichnis .....	XLI

## A. Das Erbrecht der Schweiz

<b>I. Grundsätze und Prinzipien des schweizerischen Erbrechts</b>	<b>1</b>
1. Grundsatz der Universalsukzession und des eo ipso-Erwerbs .....	1
2. Prinzip der Verfangenheit und Prinzip der Verfügungsfreiheit .....	1
<b>II. Die gesetzliche Erbfolge</b>	<b>2</b>
1. Allgemeines .....	2
2. Die gesetzlichen Erben .....	2
a) Allgemeines .....	2
b) Blutsverwandte (Parentelensystem) .....	2
c) Der überlebende Ehegatte .....	3
aa) Güterstand und güterrechtliche Auseinander-	
setzung .....	3
bb) Erbberechtigung und gesetzlicher Erbteil .....	4
d) Der überlebende eingetragene Partner .....	4
aa) Eintragung der Partnerschaft .....	4
bb) Güterstand und güterrechtliche Auseinander-	
setzung .....	4
cc) Erbberechtigung und gesetzlicher Erbteil .....	5
e) Der Staat .....	5
3. Der Pflichtteil .....	5
a) Allgemeines .....	5
b) Pflichtteilsberechtigte Personen und deren Pflichtteils-	
quoten .....	6
c) Weitervererbung des Pflichtteils .....	7
d) Rechtsfolgen bei Ausfall eines pflichtteilsgeschützten	
Erben .....	7
aa) Rechtsfolgen bei Ausschlagung .....	7
bb) Rechtsfolgen bei Erbverzicht .....	7
cc) Rechtsfolgen bei Enterbung .....	7
dd) Rechtsfolgen bei Erbunwürdigkeit .....	7

e) Die Begünstigung des überlebenden Ehegatten nach Art. 473 ZGB .....	8
4. Die Enterbung .....	8
a) Allgemeines .....	8
b) Form der Enterbung .....	9
c) Strafenterbung .....	9
aa) Zweck der Strafenterbung .....	9
bb) Allgemeine Voraussetzungen der Straf- enterbung .....	9
cc) Tatbestand des schweren Verbrechens .....	9
dd) Tatbestand der schweren Pflichtverletzung .....	10
ee) Wirkungen der Voll-Enterbung .....	10
ff) Wirkungen der Teil-Enterbung .....	10
d) Präventiv-Enterbung .....	11
aa) Allgemeines .....	11
bb) Voraussetzungen .....	11
cc) Wirkungen .....	11
e) Rechtsbehelfe des Enterbten .....	11
5. Die Herabsetzung .....	12
a) Allgemeines .....	12
b) Allgemeine Voraussetzungen der Herabsetzungs- klage .....	12
aa) Überschreitung der Verfügungsbefugnis .....	12
bb) Pflichtteilsverletzung .....	13
c) Herabsetzbare Verfügungen .....	13
aa) Allgemeines .....	13
bb) Verfügung von Todes wegen .....	13
cc) Verfügung unter Lebenden .....	14
(1) Allgemeines .....	14
(2) Zuwendungen auf Anrechnung an den Erbteil .....	14
(3) Erbabfindungen und Auskaufsbeträge .....	15
(4) Schenkungen .....	16
(5) Umgehungsgeschäfte .....	16
d) Rückleistungspflicht .....	17
e) Durchführung der Herabsetzung .....	17
aa) Zuwendungen durch Verfügung von Todes wegen an mehrere Pflichtteilserven .....	17
bb) Konkurrenz von Verfügungen von Todes wegen mit Zuwendungen unter Lebenden .....	17
cc) Zuwendungen unter Lebenden .....	18
f) Legitimation zur Herabsetzungsklage .....	18
aa) Aktivlegitimation .....	18
bb) Passivlegitimation .....	19

g) Prozessuales .....	19
aa) Rechtsnatur der Herabsetzungsklage und des Herabsetzungsurteils .....	19
bb) Örtliche Zuständigkeit .....	19
h) Verwirkung .....	20
6. Die Ausgleichung .....	20
a) Allgemeines .....	20
b) Ausgleichungspflichtige Personen .....	21
aa) Allgemeines .....	21
bb) Nachkommen .....	21
cc) Gesetzliche Erben .....	22
dd) Eingesetzte Erben .....	22
c) Ausgleichungsberechtigte Personen .....	22
d) Gegenstand der Ausgleichung .....	22
e) Ausgleichungsanordnungen .....	23
aa) Form .....	23
bb) Die Ausgleichungs-Anordnung nach Art. 626 Abs. 1 ZGB .....	23
cc) Der Ausgleichsdispens nach Art. 626 Abs. 2 ZGB .....	23
f) Wirkungen der Ausgleichung .....	23
aa) Wahlmöglichkeit des Vorempfängers .....	23
bb) Erbanteil-übersteigende Zuwendung .....	24
cc) Ausgleichungswert .....	24
dd) Verwendungen, Schaden und bezogene Früchte .....	24
<b>III. Erbrechtliche Verfügungen .....</b>	<b>25</b>
1. Allgemeines .....	25
2. Verfügungsfähigkeit .....	25
a) Beim Testament .....	25
b) Beim Erbvertrag .....	25
c) Folgen fehlender Verfügungsfähigkeit .....	26
3. Abgrenzung zu lebzeitigen Anordnungen .....	26
4. Das Testament .....	26
a) Allgemeines .....	26
b) Das eigenhändige (holographe) Testament .....	26
aa) Grundgedanke .....	26
bb) Form .....	27
c) Das öffentliche Testament .....	28
aa) Grundgedanke .....	28
bb) Form und Verfahren .....	28
d) Das mündliche Testament (Nottestament) .....	30
aa) Grundgedanke .....	30
bb) Form .....	31
e) Testament-Ergänzungen und -Zusätze .....	31

f) Testament-Widerruf . . . . .	31
aa) Allgemeines . . . . .	31
bb) Widerrufs-Arten . . . . .	31
cc) Widerruf des Widerrufs . . . . .	32
5. Der Erbvertrag . . . . .	32
a) Grundgedanke . . . . .	32
b) Form . . . . .	32
c) Erbeinsetzungs- und Vermächtnisvertrag (positiver Erbvertrag) . . . . .	32
aa) Allgemeines . . . . .	32
bb) Unentgeltlicher Vertrag . . . . .	33
cc) Entgeltlicher Vertrag . . . . .	33
d) Der Erbverzichtsvertrag . . . . .	33
aa) Allgemeines . . . . .	33
bb) Erbverzicht iS . . . . .	33
cc) Erbaufkauf . . . . .	33
dd) Rechtfolgen . . . . .	34
(1) Wirkung des Voll-Verzichts . . . . .	34
(2) Wirkung des Teil-Verzichts . . . . .	34
(3) Wirkung gegenüber Nachkommen . . . . .	34
(4) Wirkung auf die verfügbare Quote . . . . .	34
ee) Bedingter Erbverzicht . . . . .	34
(1) Gewillkürter bedingter Erbverzicht . . . . .	34
(2) Gesetzlich geregelter Erbverzicht zugunsten bestimmter Erben . . . . .	34
(3) Gesetzlich geregelter Erbverzicht zugunsten Erben derselben Parentel . . . . .	35
e) Die Aufhebung des Erbvertrags . . . . .	35
aa) Aufhebungsvertrag . . . . .	35
bb) Einseitige Aufhebung bei Enterbungsgründen . . . . .	35
cc) Einseitiger Vertragsrücktritt . . . . .	35
dd) Vertragsrücktritt aufgrund gesetzlicher Vermutung . . . . .	36
ee) Widerruf testamentarischer Klauseln . . . . .	36
6. Anordnungen auf den Todesfall . . . . .	36
a) Allgemeines . . . . .	36
b) Die Erbeinsetzung . . . . .	37
aa) Allgemeines . . . . .	37
bb) Mögliche Personen als eingesetzte Erben . . . . .	37
cc) Erbeinsetzungsarten . . . . .	38
dd) Ersatzerbeneinsetzung . . . . .	39
ee) Vor- und Nacherbeneinsetzung . . . . .	39
(1) Allgemeines . . . . .	39
(2) Grenzen . . . . .	39

(3) „Voranfall“ .....	40
(4) Sicherungsmittel .....	40
(5) Rechtsstellung des Vorerben .....	40
(6) „Nacherbfall“ .....	41
(7) Nacherbschaft auf den Überrest .....	41
c) Das Vermächtnis (Legat) .....	42
aa) Allgemeines .....	42
bb) Vermächtnisgegenstand .....	42
(1) Grundsatz: Vermögensvorteil .....	42
(2) Vom Gesetz genannte Fälle .....	42
(3) Weitere Fälle .....	43
cc) Person des Vermächtnisnehmers .....	43
dd) Person des Beschwerten .....	44
ee) Vermächtnis-Arten .....	44
(1) Vorausvermächtnis (Prälegat) .....	44
(2) Vor- und Nachvermächtnis .....	45
(3) Ersatzvermächtnis .....	45
(4) Untervermächtnis .....	46
(5) Verschaffungsvermächtnis .....	46
ff) Entstehung und Fälligkeit des Vermächtnis- anspruchs .....	46
gg) Bestimmung des Umfangs und der Beschaffenheit des Vermächtnisses .....	47
hh) Vermächtnisklage .....	47
ii) Die Herabsetzung des Vermächtnisses .....	47
d) Auflagen und Bedingungen .....	47
aa) Auflagen .....	47
(1) Allgemeines .....	47
(2) Gegenstand .....	47
(3) Begünstigte Person .....	48
(4) Begünstigung eines Tieres .....	48
(5) Beschwerte Person .....	48
(6) Vollziehungsklage .....	48
(7) Fälligkeit, Verjährung und Dauer .....	48
bb) Bedingungen .....	49
(1) Allgemeines .....	49
(2) Arten .....	49
(3) Eintritt oder Ausfall vor dem Erbgang .....	50
(4) Eintritt oder Ausfall nach dem Erbgang .....	50
(5) Unsittliche oder rechtswidrige Bedingungen und Auflagen .....	50
(6) Lästige und unsinnige Bedingungen und Auflagen .....	51
cc) Die Stiftung .....	51

7. Die mangelhafte Verfügung . . . . .	51
a) Inhaltliche Mangelhaftigkeit (Auslegung) . . . . .	51
aa) Allgemeines . . . . .	51
bb) Testament . . . . .	51
cc) Erbvertrag . . . . .	52
dd) Auslegungsmittel . . . . .	52
ee) Auslegungsregeln . . . . .	53
b) Rechtliche Mangelhaftigkeit . . . . .	53
aa) Allgemeines . . . . .	53
bb) Fehlende Verfügungsfähigkeit . . . . .	54
cc) Mangel in der Willensbildung . . . . .	54
(1) Allgemeines . . . . .	54
(2) Irrtum . . . . .	54
(3) Arglistige Täuschung . . . . .	54
(4) Drohung und Zwang . . . . .	55
(5) Übervorteilung (Erbvertrag) . . . . .	55
dd) Rechts- oder sittenwidrige Verfügung von Todes wegen . . . . .	55
ee) Formmängel der Verfügung von Todes wegen . . . . .	55
c) Ungültigkeitsklage . . . . .	55
aa) Allgemeines . . . . .	55
bb) Aktivlegitimation . . . . .	55
cc) Passivlegitimation . . . . .	56
dd) Klagefrist . . . . .	56
ee) Natur der Ungültigkeitsklage und Wirkungen des Ungültigkeitsurteils . . . . .	56
d) Nichtigkeit . . . . .	56
<b>IV. Der ungeteilte Nachlass . . . . .</b>	<b>57</b>
1. Der Erbgang . . . . .	57
a) Die Eröffnung des Erbganges . . . . .	57
aa) Tod des Erblassers . . . . .	57
bb) Verschollenerklärung . . . . .	57
cc) Ort der Eröffnung . . . . .	57
b) Die Voraussetzungen der Erbfähigkeit . . . . .	58
aa) Allgemeines . . . . .	58
bb) Aktive Erbfähigkeit . . . . .	58
cc) Erbunwürdigkeit . . . . .	58
dd) Erleben des Erbganges . . . . .	59
c) Das Erbrecht des Verschollenen . . . . .	59
2. Der Nachlass . . . . .	59
a) Allgemeines . . . . .	59
b) Die Aktiven . . . . .	60
aa) Allgemeines . . . . .	60
bb) Nicht vererbare Rechtsverhältnisse . . . . .	60

cc)	Die Erbschaftsklage .....	60
c)	Die Passiven .....	61
aa)	Erbschaftsschulden .....	61
bb)	Erbgangsschulden .....	62
cc)	Der erbrechtliche Gläubigerschutz .....	62
	(1) Schutz gegen Vermischung der Substrate ...	62
	(2) Schutz der Erwartungen auf den Erbfall ....	63
3.	Das Handeln für den Nachlass .....	63
a)	Einleitung .....	63
b)	Die Erbengemeinschaft .....	64
aa)	Entstehung der Erbengemeinschaft .....	64
bb)	Testamentseinlieferung .....	64
cc)	Testamentseröffnung .....	64
dd)	Erbbescheinigung .....	65
ee)	Grundsatz des gemeinschaftlichen Handelns und Einstimmigkeitsprinzip .....	66
ff)	Vertretungs-, Verfügungs- und Verwaltungsbe- fugnis .....	66
4.	Die Ausschlagung .....	67
a)	Allgemeines .....	67
b)	Ausschlagungserklärung .....	67
c)	Ausschlagungsfrist .....	67
d)	Form .....	68
e)	Verwirkung .....	68
f)	Vermutung der Ausschlagung bei Zahlungsunfähigkeit des Erblassers .....	69
g)	Rechtsfolgen der Ausschlagung .....	69
h)	Vermächtnis-Ausschlagung .....	70
i)	Gläubigerschutz .....	70
5.	Das Handeln für den Nachlass aufgrund eines besonderen Amtes .....	72
a)	Allgemeines .....	72
b)	Der Willensvollstrecker .....	72
c)	Der Erbenvertreter .....	78
d)	Der Erbschaftsverwalter .....	79
6.	Die Sicherung des Nachlasses .....	82
a)	Allgemeines .....	82
b)	Die Siegelung .....	83
c)	Das Inventar (zu Sicherungszwecken) .....	83
aa)	Zweck .....	83
bb)	Anwendungsfälle .....	83
cc)	Verfahren .....	84
7.	Das öffentliche Inventar .....	84
a)	Allgemeines .....	84

b) Aufnahmebegehren und Frist	84
c) Zuständige Behörden	85
d) Verfahren	85
e) Inventarverzeichnis	85
f) Aufschlusspflicht	86
g) Rechnungsruf	86
h) Aufnahme von Amtes wegen	86
i) Ergebnis der Inventaraufnahme	87
j) Die Stellung der Erben während der Inventaraufnahme	87
aa) Verwaltung	87
bb) Betreibungen und Gerichtsprozesse	87
cc) Verjährung	88
k) Deliberationsfrist	88
l) Erklärung der Erben	88
m) Rechtsfolgen der Annahme unter öffentlichem Inventar	88
8. Die amtliche Liquidation	89
a) Allgemeines	89
b) Antragsberechtigung	89
aa) Erben	89
bb) Erbschaftsgläubiger	89
c) Form und Frist	90
d) Verfahren	90
aa) Entscheid und Durchführung der amtlichen Liquidation	90
bb) Inventar und Rechnungsruf	90
cc) Ordentliche Liquidation	90
dd) Konkursamtliche Liquidation	91
e) Wirkungen der amtlichen Liquidation	91
<b>V. Auflösung der Erbengemeinschaft</b>	91
1. Allgemeines	91
2. Einleitung der Teilung	92
3. Teilungsklage	92
a) Allgemeines	92
b) Gegenstand der Teilungsklage	92
c) Aktiv- und Passivlegitimation	93
d) Zuständigkeit	93
4. Grundsätze des Teilungsrechts	93
a) Gesetzliche Teilungsgrundsätze	93
aa) Grundsatz der Gleichberechtigung der Erben	93
bb) Grundsatz der freien, privaten Teilung	94
cc) Grundsatz der Naturalteilung	94
b) Erblasserische Teilungsvorschriften	94

c) Gesetzliche Teilungsregeln .....	95
aa) Dispositiver Charakter .....	95
bb) Grundsatz der ungeteilten Zuweisung von Erbschaftssachen .....	95
cc) Verkaufspflicht bei Uneinigkeit .....	95
dd) Zuweisung der Wohnung und des Hausrats an den überlebenden Ehegatten .....	95
ee) Zusammengehörende Sachen und Familienschriften .....	95
ff) Forderungen des Erblassers .....	96
gg) Verpfändete Erbschaftssachen .....	96
hh) Anrechnungswert von Grundstücken .....	96
5. Teilungsarten .....	96
a) Realteilung .....	96
b) Teilungsvertrag .....	96
c) Teilungsurteil .....	97
6. Abschluss der Teilung .....	97
7. Erbanteilsveräußerung und Vertrag über Erbanwartschaft .....	97
a) Erbanteilsveräußerung .....	97
b) Vertrag über Erbanwartschaft .....	98
8. Wirkung der Teilung .....	98

## **B. Schweizerisches Ehegüterrecht und Güterrecht bei eingetragener Partnerschaft sowie güterrechtliche Auseinandersetzung im Todesfall (Exkurs)**

### **I. Schweizerisches Ehegüterrecht und güterrechtliche**

Auseinandersetzung im Todesfall .....	101
1. Übersicht der ehelichen Güterstände .....	101
2. Die Errungenschaftsbeteiligung .....	101
a) Begriff .....	101
b) Verwaltung während der Ehe .....	102
c) Mehr- und Minderwerte .....	102
aa) Begriff .....	102
bb) Mehr- und Minderwerte im Verhältnis zwischen den Ehegatten .....	102
cc) Mehr- und Minderwerte im Verhältnis zwischen den Gütermassen eines Ehegatten .....	103
d) Güterrechtliche Auseinandersetzung infolge Tod eines Ehegatten .....	103
aa) Allgemeines .....	103
bb) Trennung von Frauen- und Mannesgut (erster Schritt) .....	103
cc) Errungenschaftsberechnung (zweiter Schritt) ...	104

dd)	Bestimmung der Beteiligung am Vorschlag (dritter Schritt) . . . . .	104
(1)	Begriff Vorschlag . . . . .	104
(2)	Gesetzliche Regelung der hälftigen Vorschlagsbeteiligung . . . . .	105
(3)	Andere Vorschlagsbeteiligung durch Ehevertrag . . . . .	105
ee)	Anspruchserfüllung (vierter Schritt) . . . . .	105
ff)	Bedeutung für den Nachlass . . . . .	105
3.	Die Gütergemeinschaft . . . . .	105
a)	Begriff . . . . .	105
b)	Arten . . . . .	106
aa)	Die Allgemeine Gütergemeinschaft . . . . .	106
bb)	Die Errungenschaftsgemeinschaft . . . . .	106
cc)	Die Ausschlussgemeinschaft . . . . .	107
c)	Verwaltung während der Ehe . . . . .	107
d)	Güterrechtliche Auseinandersetzung infolge Tod eines Ehegatten . . . . .	108
aa)	Allgemeines . . . . .	108
bb)	Feststellung des Gesamtgutes (erster Schritt) . . . . .	108
cc)	Bestimmung der Gesamtgut-Anteile (zweiter Schritt) . . . . .	108
(1)	Gesetzliche Regelung der hälftigen Gesamtgut-Teilung . . . . .	108
(2)	Andere Gesamtgut-Teilung durch Ehevertrag . . . . .	108
dd)	Durchführung der Gesamtgut-Teilung (dritter Schritt) . . . . .	108
ee)	Bedeutung für den Nachlass . . . . .	109
4.	Die Gütertrennung . . . . .	109
a)	Begriff . . . . .	109
b)	Gütertrennung durch Parteiautonomie . . . . .	109
c)	Gütertrennung als außerordentlicher Güterstand . . . . .	109
aa)	Gütertrennung von Gesetzes wegen . . . . .	109
bb)	Gütertrennung aufgrund gerichtlicher Anordnung . . . . .	109
(1)	Bei Vorliegen eines wichtigen Grundes . . . . .	109
(2)	Als Eheschutzmaßnahme bei Aufhebung des gemeinsamen Haushaltes . . . . .	110
(3)	Auf Begehren der Aufsichtsbehörden in Betreibungssachen . . . . .	110
d)	Verwaltung während der Ehe . . . . .	110
e)	Auflösung der Gütertrennung . . . . .	110
f)	Bedeutung der Gütertrennung für den Nachlass . . . . .	110

<b>II. Schweizerisches Güterrecht und güterrechtliche Auseinandersetzung bei eingetragener Partnerschaft</b>	<b>111</b>
1. Allgemeines	111
2. Güterstand und güterrechtliche Auseinandersetzung bei Tod eines eingetragenen Partners	111
a) Gütertrennung als „ordentlicher Güterstand“	111
b) Errungenschaftsbeteiligung mittels Vermögensvertrag	112
c) Keine Gütergemeinschaft	112

## C. Vorsorgeauftrag und Patientenverfügung nach schweizerischem Recht (Exkurs)

<b>I. Der Vorsorgeauftrag</b>	<b>113</b>
1. Allgemeines	113
2. Voraussetzungen beim Vorsorgeauftraggeber	113
a) Handlungsfähigkeit im Verfügungszeitpunkt	113
b) Urteilsunfähigkeit als aufschiebende Bedingung	113
3. Voraussetzungen beim Vorsorgebeauftragten	113
4. Inhalt des Vorsorgeauftrags	114
a) Allgemeines	114
b) Personensorge	114
c) Vermögenssorge	114
d) Vertretung im Rechtsverkehr	115
5. Abgrenzungen	115
a) Abgrenzung zur Patientenverfügung	115
b) Abgrenzung zum einfachen Auftrag und zur Vollmacht	115
6. Errichtungsform	115
a) Eigenhändige Errichtung	115
b) Öffentliche Beurkundung	116
7. Hinterlegung	116
8. Widerruf	116
a) Widerruf durch explizite Erklärung	116
b) Widerruf durch Vernichtung der Urkunde	116
c) Widerruf durch spätere Errichtung eines divergierenden Vorsorgeauftrags	116
9. Feststellung der Wirksamkeit	116
10. Auftrags-Annahme	117
11. Auslegung und Ergänzung	117
12. Pflichten des Vorsorgebeauftragten	117
a) Allgemeine Erfüllungspflichten	117
b) Pflichten bei Interessenskollision	118
13. Anspruch des Vorsorgebeauftragten auf Entschädigung und Spesenersatz	118

14. Kündigung .....	118
a) Ordentliche Kündigung .....	118
b) Ausserordentliche Kündigung .....	118
15. Einschreiten der Erwachsenenschutzbehörde .....	119
16. Haftung des Vorsorgebeauftragten .....	119
17. Rechtsvergleichung: Vorsorgevollmacht nach deutschem Recht .....	119
<b>II. Patientenverfügung .....</b>	<b>120</b>
1. Allgemeines .....	120
2. Voraussetzungen bei der verfügenden Person .....	120
a) Urteilsfähigkeit im Verfügungszeitpunkt .....	120
b) Urteilsunfähigkeit als aufschiebende Bedingung .....	120
3. Errichtungsform .....	120
4. Eintragung auf Versichertenkarte .....	121
5. Widerruf .....	121
a) Widerruf durch explizite Erklärung .....	121
b) Widerruf durch Vernichtung der Urkunde .....	121
c) Widerruf durch spätere Errichtung einer divergieren- den Patientenverfügung .....	121
6. Abklärungen durch den Arzt bei Eintritt der Urteils- unfähigkeit .....	121
7. Einschreiten der Erwachsenenschutzbehörde .....	121
8. Rechtsvergleichung: Patientenverfügung nach deutschem Recht .....	122

## D. Das Internationale Erbrecht der Schweiz

<b>I. Einleitung .....</b>	<b>123</b>
<b>II. Rechtsquellen .....</b>	<b>124</b>
1. IPRG .....	124
2. Staatsverträge .....	124
a) Bilaterale Staatsverträge .....	124
b) Multilaterale Übereinkommen .....	125
aa) Klassische multilaterale Übereinkommen .....	125
(1) Begriff .....	125
(2) Keine Anwendbarkeit des LugÜ .....	125
bb) Multilaterale Übereinkommen mit erga omnes- Wirkung .....	126
(1) Begriff .....	126
(2) Erbrechtliche multilaterale Übereinkommen mit erga omnes-Wirkung .....	126
cc) Exkurs: EU-Gesetzgebung (EuErbVO) .....	127

<b>III. Grundbegriffe</b>	127
1. Direkte und indirekte internationale Zuständigkeit	127
a) Direkte internationale Zuständigkeit (Urteilszuständigkeit)	127
b) Indirekte internationale Zuständigkeit (Anerkennungszuständigkeit)	128
2. Kollisionsregeln	128
3. Gesamt- und Sachnormverweisung	128
4. Renvoi	128
5. Erb-, Eröffnungs- und Formstatut	129
a) Begriff „Statut“	129
b) Erbstatut	129
c) Eröffnungsstatut	129
d) Formstatut	129
6. Lex causae, lex fori und lex rei sitae	129
a) Lex causae	129
b) Lex fori	129
c) Lex rei sitae	130
<b>IV. Grundprinzipien</b>	130
1. Das Wohnsitzprinzip und dessen Ausnahmen	130
a) Der letzte Wohnsitz als massgebendes Anknüpfungsmerkmal	130
b) Der IPRG-Wohnsitz-Begriff	130
c) Ausschluss eines Doppelwohnsitzes	131
d) Subsidiär: gewöhnlicher Aufenthaltsort	131
e) Ausnahmen vom Wohnsitzprinzip	131
aa) Auslandschweizer	131
bb) Ausländische Grundstücke	131
2. Gleichlauf von ius und fori	131
3. Der Grundsatz der Nachlasseinheit und dessen Ausnahmen	131
a) Grundsatz: Nachlasseinheit	131
b) Ausnahme: Nachlassspaltung	132
<b>V. Direkte internationale Zuständigkeit</b>	133
1. Regelanknüpfung am letzten Wohnsitz in der Schweiz	133
2. Parteiautonomie	133
a) Einleitung	134
b) Gerichtsstandsvereinbarung	134
aa) Zulässigkeit	134
(1) Bei erbrechtlichen Streitigkeiten	134
(2) Keine Derogation bzw. Prorogation hinsichtlich Nachlassverfahren	134
(3) Keine Derogation im Anwendungsbereich von Art. 86 Abs. 2 IPRG	134
bb) Form	134

cc) Bestimmbarkeit	134
dd) Wirkung	135
c) Vorbehaltlose Einlassung	135
d) Schiedsvereinbarung	136
3. Sonderanknüpfung am schweizerischen Heimatort des Auslandschweizers	136
a) Allgemeines	137
b) Ordentliche Heimatzuständigkeit bei prorogatio fori bzw. professio iuris	137
c) Ausserordentliche Heimatzuständigkeit (Notzuständigkeit)	137
aa) Bei Untätigkeit der ausländischen Wohnsitzbehörde	137
bb) Untätigkeit rechtlicher Natur	137
cc) Untätigkeit tatsächlicher Natur	138
4. Sonderanknüpfung am Belegenheitsort für Ausländer mit ausländischem Wohnsitz	138
a) Allgemeines	138
b) Subsidiäre Zuständigkeit am Belegenheitsort	138
c) „Ausländische Behörde“	139
d) Nachlassvermögen an mehreren Orten in der Schweiz	139
e) Anwendung des Schweizerischen Erbstatuts	139
5. Zuständigkeit für sichernde Maßnahmen	139
a) Allgemeines	139
b) Sichernde Maßnahmen	140
aa) Begriff	140
bb) Anwendungsfälle	140
(1) Sicherungsinventar nach Art. 553 ZGB	140
(2) Erbschaftsverwaltung nach Art. 554 ZGB	140
(3) Kontosperr	141
cc) Sichernde Maßnahmen auf Begehren oder von Amtes wegen	142
<b>VI. Anwendbares Recht</b>	142
1. Erbstatut	142
a) Begriff	142
b) Erblasser mit letztem Wohnsitz in der Schweiz	142
aa) Regelanknüpfung	142
bb) Möglichkeit einer professio iuris für Ausländer	143
(1) Wahl des Heimatrechts	143
(2) Keine Teil-Rechtswahlmöglichkeit	143
(3) Formerfordernis	143
(4) Bestimmtheitserfordernis	143
(5) Vorbehalt des Rechtsmissbrauchsverbots und des schweizerischen Ordre public	144

(6) Wirkungen der professio iuris .....	144
(7) Beachtung von Amtes wegen .....	144
c) Erblasser mit letztem Wohnsitz im Ausland .....	145
aa) Auslandschweizer .....	145
(1) Gleichlauf von ius und forum .....	145
(2) Professio iuris zugunsten Wohnsitzrecht ...	145
i) Splitting von ius und forum .....	145
ii) Teil-Rechtswahl .....	145
iii) Form .....	145
iv) Explizite Erklärung .....	145
bb) Ausländer .....	146
2. Eröffnungsstatut .....	146
a) Begriff .....	146
b) Lex fori .....	146
3. Formstatut .....	146
a) Begriff .....	146
b) Räumlicher Anwendungsbereich: Übereinkommen mit erga omnes-Wirkung .....	147
c) Sachlicher Anwendungsbereich .....	147
aa) Sachlicher Anwendungsbereich in Bezug auf das Regelungs-Objekt .....	147
(1) Letztwillige Verfügungen (Testamente) .....	147
(2) Durch IPRG erweiterter Anwendungsbe- reich auf Erbverträge .....	148
bb) Sachlicher Anwendungsbereich in Bezug auf den Regelungs-Inhalt .....	148
d) Zeitlicher Anwendungsbereich .....	148
e) Formgültigkeitsregelung des Haager Testamentsüber- einkommens .....	148
4. Sonderanknüpfung betreffend Verfügungsfähigkeit (Testierfähigkeit) .....	149
5. Sonderanknüpfung betreffend Erbverträge und gemein- schaftliche Testamente .....	150
a) Erbvertragsstatut .....	150
aa) Allgemeines .....	150
bb) Einseitige Erbverträge .....	150
(1) Definition .....	150
(2) Objektive Anknüpfung .....	150
(3) Professio Iuris .....	151
cc) Zwei- oder mehrseitige Erbverträge .....	151
(1) Definition .....	151
(2) Objektive Anknüpfung .....	151
(3) Professio Iuris .....	151
dd) Gemeinschaftliche Testamente .....	151

ee) Vorbehalt Formstatut und Sonderanknüpfung für Verfügungsfähigkeit .....	152
<b>VII. Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Entscheidungen .....</b>	<b>152</b>
1. Allgemeines .....	152
2. Anerkennungsobjekt .....	153
3. Anerkennungsvoraussetzungen .....	153
a) Übersicht .....	153
b) Indirekte Zuständigkeit (Anerkennungszuständigkeit) .....	153
c) Endgültigkeit .....	154
d) Verweigerungsgründe .....	154
aa) Allgemeines .....	154
bb) Verletzung des materiell-rechtlichen Ordre public .....	154
cc) Verletzung des formell-rechtlichen Ordre public .....	154
dd) Litispendenz .....	155
ee) Res iudicata .....	155

## **E. Das schweizerische internationale Ehegüterrecht und Güterrecht bei eingetragener Partnerschaft im Todesfall (Exkurs)**

I. Allgemeines .....	157
II. Direkte internationale Zuständigkeit .....	157
1. Regelung gemäß IPRG .....	157
2. Gleichschaltung mit der erbrechtlichen Anknüpfung ...	157
3. Parteiautonomie .....	158
III. Anwendbares Recht .....	158
1. Regelung gemäß IPRG .....	158
2. Parteiautonomie .....	158
3. Objektive Anknüpfung .....	159
a) Anknüpfungskaskade .....	159
b) Wandelbarkeit des Güterrechtsstatuts bei gemeinsamem Wohnsitzwechsel .....	159
4. Sonderanknüpfung hinsichtlich Form des Ehe- bzw. Vermögensvertrages .....	160
IV. Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Entscheidungen .....	160
1. Entscheidungen über Ehegüterrecht .....	160
2. Entscheidungen über Güterrecht eingetragener Partnerschaften .....	160
3. Weitere Anerkennungsvoraussetzungen .....	160

## **F. Das schweizerische internationale Privatrecht betreffend Vorsorgeauftrag und Patientenverfügung (Exkurs)**

<b>I. Allgemeines</b> .....	161
<b>II. Rechtsgrundlage</b> .....	161
<b>III. Direkte internationale Zuständigkeit betreffend Vorsorgeauftrag und Patientenverfügung</b> .....	162
1. Allgemeines .....	162
2. Zuständigkeit der Behörden des Aufenthaltsstaats .....	162
3. Zuständigkeit der Behörden des Heimatstaats .....	162
4. Übertragene Zuständigkeit .....	162
5. Zuständigkeit im Belegenheitsstaat .....	163
<b>IV. Auf den Vorsorgeauftrag anwendbares Recht</b> .....	163
1. Subjektive Anknüpfung .....	163
2. Objektive Anknüpfung .....	163
3. Umfang des anwendbaren Rechts gemäß Art. 15 Abs. 1 HEsÜ und Abgrenzung zu Art. 15 Abs. 3 HEsÜ .....	164
<b>V. Auf die Patientenverfügung anwendbares Recht</b> .....	165
1. Patientenverfügung mit direkten Anordnungen zu medizinischen Maßnahmen .....	165
2. Patientenverfügung mit Einsetzung eines Entscheid- trägers .....	165
<b>VI. Anerkennung und Vollstreckung</b> .....	165
1. Anerkennung kraft Gesetz .....	165
2. Anerkennungs-Verweigerungsgründe .....	165
3. Vollstreckbarerklärung .....	166

## **G. Die Europäische Erbrechtsverordnung (EuErbVO) und ihre Bedeutung für die Schweiz**

<b>I. Einleitung</b> .....	167
<b>II. Anwendungsbereich</b> .....	168
1. Räumlicher Anwendungsbereich .....	168
2. Sachlicher Anwendungsbereich .....	168
3. Zeitlicher Anwendungsbereich .....	168
<b>III. Verhältnis zu vorbestehenden internationalen Überein- kommen</b> .....	169
<b>IV. Der letzte gewöhnliche Aufenthalt als zentraler Anknüp- fungspunkt</b> .....	169
1. Allgemeines .....	169
2. Kasuistik .....	170
a) Berufspendler, Auslandsstudien-Aufenthalter, Internatsaufenthalter .....	170

b) Expatriates, Diplomaten und dergleichen .....	170
c) „Mallorca-Rentner“, Weltenbummler, Personen mit Wanderleben und dergleichen .....	170
d) Pflegeheimaufenthalter und dergleichen .....	171
<b>V. Spannungsfeld zwischen IPRG-Wohnsitz und EuErbVO- Aufenthaltort .....</b>	<b>171</b>
<b>VI. Direkte internationale Zuständigkeit .....</b>	<b>172</b>
1. Allgemeines .....	172
2. Allgemeine internationale Zuständigkeit im letzten gewöhnlichen Aufenthaltsstaat .....	172
3. Subsidiäre Zuständigkeit im Belegenheitsstaat .....	173
a) Einleitung .....	173
aa) Subsidiäre unbeschränkte Zuständigkeit .....	173
bb) Subsidiäre beschränkte Zuständigkeit .....	174
cc) „Belegenheitsort“ .....	174
4. Parteiautonomie .....	175
a) Einleitung .....	175
b) Gerichtsstandsvereinbarung für erbrechtliche Streitig- keiten .....	175
aa) Zulässigkeit .....	175
bb) Ausschließliche Zuständigkeit .....	176
cc) Form .....	176
c) Rüge lose Einlassung bei in personeller Hinsicht unvollständiger Gerichtsstandsvereinbarung .....	176
5. Notzuständigkeit .....	176
6. Beschränkung des Verfahrens (Teil-Unzuständigkeits- erklärung) .....	176
<b>VII. Anwendbares Recht .....</b>	<b>177</b>
1. Umfang des „Erbstatuts“ .....	177
2. Regelanknüpfung .....	177
3. Ausnahmeklausel .....	178
4. Rechtswahl (professio iuris) .....	178
a) Wahl des Heimatrechts .....	178
b) Form .....	178
c) Änderung und Widerruf .....	179
d) Sachnormverweisung .....	179
e) Übergangsrecht .....	179
5. Drittstaatenrecht-Anwendungsfälle .....	179
a) Einleitung .....	179
b) Bei subsidiärer (unbeschränkter oder beschränkter) Zuständigkeit im Belegenheitsstaat .....	180
c) Bei Rechtswahl oder Rechtswahlfiktion zugunsten des Drittstaaten-Heimatrechts .....	180
d) Renvoi .....	180

6. Ordre public-Vorbehalt .....	180
7. Vorbehalt betreffend Sondererbfolge .....	180
<b>VIII. Regelungen betreffend Verfügungen von Todes wegen ..</b>	<b>181</b>
1. Allgemeines und Begriffserklärung .....	181
2. Einseitige und gemeinschaftliche Testamente .....	182
a) Zulässigkeit und materielle Wirksamkeit .....	182
b) Formgültigkeit .....	182
3. Erbverträge .....	183
a) Erbvertrag betreffend den Nachlass einer einzelnen Person .....	183
aa) Zulässigkeit, materielle Wirksamkeit und Bindungswirkung .....	183
bb) Formgültigkeit .....	183
b) Erbvertrag betreffend die Nachlässe mehrerer Personen .....	184
aa) Zulässigkeit .....	184
bb) Materielle Wirksamkeit und Bindungswirkung ..	184
cc) Formgültigkeit .....	184
4. Mögliches Auseinanderfallen von Erbstatut und hypothetischem Errichtungsstatut .....	184
5. Übergangsrecht .....	184
<b>IX. Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen ..</b>	<b>185</b>
1. Begriffserklärung .....	185
2. Anerkennung .....	185
a) Anerkennung kraft Gesetz .....	185
b) Anerkennungsverweigerungsgründe .....	185
3. Exequaturverfahren .....	186
a) Allgemeines .....	186
b) Übersicht zum Exequaturverfahren .....	186
aa) Örtlich zuständiges Gericht .....	186
bb) Verfahren .....	186
(1) Antragstellung .....	186
(2) Vollstreckbarerklärung ohne Anhörung der Gegenpartei .....	187
(3) Mitteilung der Entscheidung über den Antrag auf Vollstreckbarerklärung .....	187
(4) Rechtsbehelf und Prozessthema .....	187
<b>X. Annahme und Vollstreckung öffentlicher Urkunden und gerichtlicher Vergleiche .....</b>	<b>188</b>
1. Allgemeines und Begriffserklärung .....	188
2. Annahme und Vollstreckung öffentlicher Urkunden ....	188
3. Vollstreckbarkeit gerichtlicher Vergleiche .....	188

<b>XI. Das Europäische Nachlasszeugnis (ENZ) und seine Bedeutung für die Schweiz</b>	189
1. Einleitung	189
2. Rechtsnatur	189
3. Verfahren	189
a) Einleitung	189
b) Zuständigkeit	190
aa) Internationale Zuständigkeit	190
bb) Sachliche Zuständigkeit	190
c) Antrag	190
aa) Antragsberechtigte Personen	190
bb) Form	190
cc) Inhalt	190
d) Antragsprüfung	191
e) Rechtsmittel	192
4. Inhalt des ENZ	192
5. Wirkungen des ENZ in den Mitgliedstaaten	193
a) Wirkung in allen Mitgliedstaaten ex lege	193
b) Vermutungswirkungen	193
c) Rechtsscheinwirkung (Gutgläubenswirkung)	193
aa) Allgemeines	193
bb) Schutz des Leistenden	193
cc) Schutz des Empfängers	194
d) Legitimationsmittel für Registereintragungen	194
6. Anerkennung und Wirkung des ENZ in der Schweiz	194
a) Ausgangslage: EU-Internationaler Sachverhalt mit Bezug zur Schweiz	194
b) Anerkennungsvoraussetzungen	195
aa) Anerkennungsobjekt: ENZ als Urkunde iSv Art. 96 IPRG	195
bb) Indirekte Zuständigkeit (Anerkennungszuständigkeit)	195
cc) Endgültigkeit	196
dd) Keine Nachlasszuständigkeit in der Schweiz	196
ee) Kein Verstoß gegen den materiellen Ordre public	196
ff) Kein Verstoß gegen den verfahrensrechtlichen Ordre public	197
c) Wirkungen der Anerkennung	197
aa) Legitimationswirkung	197
(1) Allgemeines	197
(2) Legitimation des ENZ für die Eintragung der Erben im schweizerischen Grundbuch	197
bb) Rechtsscheinwirkung	198
(1) Begriff	198

(2) Unbewegliches Nachlassvermögen (Immobilien) .....	198
(3) Bewegliches Nachlassvermögen (Mobilien) .....	198
(4) Forderungen .....	199

## H. Fallstricke Deutschland – Schweiz

I. Tabellarische Übersicht Fälle 1–16 .....	201
II. Fallbeispiele 1–16 .....	209
1. Deutscher mit Wohnsitz/gewöhnlichem Aufenthalt in der Schweiz .....	209
a) Fall 1: Vermögen ausschließlich in der Schweiz/Keine Rechtswahl .....	209
aa) Ausgangslage: .....	209
bb) Internationale Zuständigkeit und anwendbares Recht aus schweizerischer Sicht (IPRG) .....	209
cc) Internationale Zuständigkeit und anwendbares Recht aus deutscher Sicht (EuErbVO) .....	209
dd) Fazit .....	209
b) Fall 2: Vermögen ausschließlich in der Schweiz/Rechtswahl zugunsten des deutschen Rechts .....	210
aa) Ausgangslage: .....	210
bb) Internationale Zuständigkeit und anwendbares Recht aus deutscher Sicht (EuErbVO) .....	210
cc) Internationale Zuständigkeit und anwendbares Recht aus schweizerischer Sicht (IPRG) .....	210
dd) Fazit .....	210
c) Fall 3: Vermögen in der Schweiz und in Deutschland/Keine Rechtswahl .....	211
aa) Ausgangslage .....	211
bb) Internationale Zuständigkeit und anwendbares Recht aus deutscher Sicht (EuErbVO) .....	211
cc) Internationale Zuständigkeit und anwendbares Recht aus schweizerischer Sicht (IPRG) .....	212
dd) Fazit .....	212
d) Fall 4: Vermögen in der Schweiz und in Deutschland/Rechtswahl zugunsten des deutschen Rechts .....	212
aa) Ausgangslage: .....	212
bb) Internationale Zuständigkeit und anwendbares Recht aus deutscher Sicht (EuErbVO) .....	213
cc) Internationale Zuständigkeit und anwendbares Recht aus schweizerischer Sicht (IPRG) .....	213
dd) Fazit .....	213

2. Deutscher mit Wohnsitz/gewöhnlichem Aufenthalt in Deutschland .....	214
a) Fall 5: Vermögen in der Schweiz und in Deutschland/ keine Rechtswahl .....	214
aa) Ausgangslage: .....	214
bb) Internationale Zuständigkeit und anwendbares Recht aus deutscher Sicht (EuErbVO) .....	214
cc) Internationale Zuständigkeit und anwendbares Recht aus schweizerischer Sicht (IPRG) .....	214
dd) Fazit .....	215
b) Fall 6: Vermögen in der Schweiz und in Deutschland/ Rechtswahl zugunsten des deutschen Rechts .....	215
aa) Ausgangslage: .....	215
bb) Internationale Zuständigkeit und anwendbares Recht aus deutscher Sicht (EuErbVO) .....	215
cc) Internationale Zuständigkeit und anwendbares Recht aus schweizerischer Sicht (IPRG) .....	216
dd) Fazit .....	216
3. Schweizer mit Wohnsitz/gewöhnlichem Aufenthalt in der Schweiz .....	216
a) Fall 7: Vermögen in der Schweiz und in Deutschland/ Rechtswahlunabhängig .....	216
aa) Ausgangslage: .....	216
bb) Internationale Zuständigkeit und anwendbares Recht aus schweizerischer Sicht (IPRG) .....	216
cc) Internationale Zuständigkeit und anwendbares Recht aus deutscher Sicht (EuErbVO) .....	217
dd) Fazit .....	217
b) Fall 8: Vermögen in der Schweiz und in Deutschland/ Aufenthaltssort innert der letzten 5 Jahre vor Verfah- rensanhängigmachung in Deutschland .....	217
aa) Ausgangslage: .....	217
bb) Internationale Zuständigkeit und anwendbares Recht aus schweizerischer Sicht (IPRG) .....	218
cc) Internationale Zuständigkeit und anwendbares Recht aus deutscher Sicht (EuErbVO) .....	218
dd) Fazit .....	218
4. Schweizer mit Wohnsitz/gewöhnlichem Aufenthalt in Deutschland .....	219
a) Fall 9: Vermögen in Deutschland oder in Deutschland und in der Schweiz/keine Rechtswahl/keine Zustän- digkeitswahl .....	219
aa) Ausgangslage: .....	219

bb)	Internationale Zuständigkeit und anwendbares Recht aus deutscher Sicht (EuErbVO) . . . . .	219
cc)	Internationale Zuständigkeit und anwendbares Recht aus schweizerischer Sicht (IPRG) . . . . .	219
dd)	Fazit . . . . .	220
b)	Fall 10: Vermögen in Deutschland oder in Deutschland und in der Schweiz/Rechtswahl zugunsten des schweizerischen Rechts/keine Zuständigkeitswahl . . .	220
aa)	Ausgangslage: . . . . .	220
bb)	Internationale Zuständigkeit und anwendbares Recht aus deutscher Sicht (EuErbVO) . . . . .	220
cc)	Internationale Zuständigkeit und anwendbares Recht aus schweizerischer Sicht (IPRG) . . . . .	220
dd)	Fazit . . . . .	221
c)	Fall 11: Vermögen in Deutschland oder in Deutschland und in der Schweiz/Keine Rechtswahl zugunsten des schweizerischen Rechts/Zuständigkeitswahl zugunsten der Schweiz . . . . .	221
aa)	Ausgangslage: . . . . .	221
bb)	Internationale Zuständigkeit und anwendbares Recht aus deutscher Sicht (EuErbVO) . . . . .	221
cc)	Internationale Zuständigkeit und anwendbares Recht aus schweizerischer Sicht (IPRG) . . . . .	222
dd)	Fazit . . . . .	222
d)	Fall 12: Vermögen in Deutschland oder in Deutschland und in der Schweiz/Rechtswahl zugunsten des deutschen Rechts/Zuständigkeitswahl zugunsten der Schweiz . . . . .	222
aa)	Ausgangslage: . . . . .	222
bb)	Internationale Zuständigkeit und anwendbares Recht aus deutscher Sicht (EuErbVO) . . . . .	223
cc)	Internationale Zuständigkeit und anwendbares Recht aus schweizerischer Sicht (IPRG) . . . . .	223
dd)	Fazit . . . . .	223
e)	Fall 13: Vermögen in Deutschland oder in Deutschland und in der Schweiz/Rechtswahl zugunsten des deutschen Rechts/keine Zuständigkeitswahl . . . . .	224
aa)	Ausgangslage: . . . . .	224
bb)	Internationale Zuständigkeit und anwendbares Recht aus deutscher Sicht (EuErbVO) . . . . .	224
cc)	Internationale Zuständigkeit und anwendbares Recht aus schweizerischer Sicht (IPRG) . . . . .	224
dd)	Fazit . . . . .	224

f) Fall 14: Vermögen in Deutschland und in der Schweiz/Teilrechtswahl zugunsten des schweizerischen Rechts hinsichtlich des schweizerischen Nachlasses/keine Zuständigkeitswahl .....	224
aa) Ausgangslage: .....	224
bb) Internationale Zuständigkeit und anwendbares Recht aus deutscher Sicht (EuErbVO) .....	225
cc) Internationale Zuständigkeit und anwendbares Recht aus schweizerischer Sicht (IPRG) .....	225
dd) Fazit .....	225
g) Fall 15: Vermögen in Deutschland und in der Schweiz/Teilrechtswahl zugunsten des schweizerischen Rechts hinsichtlich des schweizerischen Nachlasses und Teilrechtswahl zugunsten des deutschen Rechts hinsichtlich des deutschen Nachlasses/Zuständigkeitswahl zugunsten der Schweiz .....	226
aa) Ausgangslage: .....	226
bb) Internationale Zuständigkeit und anwendbares Recht aus deutscher Sicht (EuErbVO) .....	226
cc) Internationale Zuständigkeit und anwendbares Recht aus schweizerischer Sicht (IPRG) .....	226
dd) Fazit .....	227
h) Fall 16: Vermögen in Deutschland und in der Schweiz/Teilrechtswahl zugunsten des schweizerischen Rechts hinsichtlich des schweizerischen Nachlasses und Teilrechtswahl zugunsten des deutschen Rechts hinsichtlich des deutschen Nachlasses/Keine Zuständigkeitswahl .....	227
aa) Ausgangslage: .....	227
bb) Internationale Zuständigkeit und anwendbares Recht aus deutscher Sicht (EuErbVO) .....	227
cc) Internationale Zuständigkeit und anwendbares Recht aus schweizerischer Sicht (IPRG) .....	227
dd) Fazit .....	228
5. Schweizerisch-deutscher Doppelbürger .....	228
a) Vorbemerkungen .....	228
b) Lösungen für die Anwendungsfälle 1–16/Ziff. I.–IV. ....	229
<b>III. Faktische Maßnahmen und Anordnungen mittels Verfügungen von Todes wegen zur Vermeidung zwischenstaatlicher Kompetenz-Konflikten und Forum-Running ....</b>	<b>232</b>
1. Problemstellung .....	232
2. Faktische Maßnahmen .....	232
3. Anordnungen mittels Verfügungen von Todes wegen ...	232
4. Schlussbemerkung .....	233

## I. Steuerrecht

<b>I. Übersicht der Steuerhoheiten und -arten in der Schweiz . .</b>	<b>235</b>
1. Vom Bund erhobene Steuern . . . . .	235
a) Direkte Bundessteuer auf das Einkommen natürlicher Personen und auf den Reinertrag juristischer Personen	235
b) Mehrwert- und Verbrauchersteuern . . . . .	235
2. Vom Kanton erhobene Steuern . . . . .	235
a) Direkte Steuer auf das Einkommen und Vermögen natürlicher Personen sowie auf den Reingewinn und das Kapital juristischer Personen . . . . .	235
b) Erbschafts- und Schenkungssteuern . . . . .	235
c) Weitere kantonale Steuern . . . . .	236
<b>II. Übersicht der Einkommens- und Vermögensbesteuerung natürlicher Personen . . . . .</b>	<b>236</b>
1. Steuerhoheit . . . . .	236
2. Subjektive Steuerpflicht . . . . .	236
a) Steuersubjekt . . . . .	236
b) Umfang der subjektiven Steuerpflicht . . . . .	236
aa) Steuerpflicht aufgrund persönlicher Zugehörigkeit (unbeschränkte Steuerpflicht) . . . . .	236
bb) Steuerpflicht aufgrund wirtschaftlicher Zugehörigkeit (beschränkte Steuerpflicht) . . . . .	237
c) Dauer der subjektiven Steuerpflicht . . . . .	238
aa) Beginn der subjektiven Steuerpflicht . . . . .	238
bb) Ende der subjektiven Steuerpflicht . . . . .	238
d) Steuernachfolge . . . . .	238
3. Objektive Steuerpflicht . . . . .	238
a) Einkommen . . . . .	238
b) Vermögen . . . . .	239
<b>III. Die Erbschafts- und Schenkungssteuern der schweizerischen Kantone . . . . .</b>	<b>239</b>
1. Allgemeines . . . . .	239
a) Kompetenzordnung . . . . .	239
b) Die Erbschaftssteuer . . . . .	239
aa) Allgemeines . . . . .	239
bb) Erbnachlasssteuer . . . . .	239
cc) Erbanfallsteuer . . . . .	240
c) Die Schenkungssteuer . . . . .	240
d) Steuerhoheit und innerkantonale, interkantonale und internationale Abgrenzung . . . . .	241
aa) Begriff Steuerhoheit . . . . .	241
bb) Innerkantonale Abgrenzung . . . . .	241
cc) Interkantonale Abgrenzung . . . . .	241

dd) Internationale Abgrenzung .....	242
2. Steuersubjekt .....	243
a) Allgemeines .....	243
b) Subjektive Steuerbefreiungen .....	243
aa) Allgemeines .....	243
bb) Überlebender Ehegatte .....	244
cc) Direkte Nachkommen .....	244
dd) Juristische Personen des öffentlichen Rechts oder mit öffentlichem oder gemeinnützigem Zweck oder Kultuszweck sowie politische Parteien ....	244
ee) Steuerfreibeträge .....	245
3. Steuerobjekt .....	245
a) Unentgeltlicher Vermögenserwerb .....	245
b) Gegenstand der Erbschaftssteuer .....	245
aa) Allgemeines .....	245
bb) Erbquote .....	246
cc) Zugedachte Erbquote .....	246
dd) Vor- und Nacherbschaft .....	246
ee) Vermächtnis .....	246
ff) Stiftungserrichtung .....	247
gg) Auflagen .....	247
hh) Bedingte Zuwendungen .....	247
ii) Ausschlagung .....	247
jj) Erbverzicht (Erbschaft) .....	248
kk) Erbvorbezug .....	248
c) Gegenstand der Schenkungssteuer .....	248
aa) Der Schenkungsbegriff .....	248
bb) Schenkungssteuer-Tatbestände .....	249
d) Objektive Steuerbefreiungen .....	249
e) Entstehung des Steueranspruchs .....	249
f) Bemessung .....	250
aa) Grundsatz .....	250
bb) Bewertungen in Sonderfällen .....	250
cc) Abzüge .....	251
g) Steuerberechnung .....	252
aa) Steuertarif/-satz .....	252
bb) Multiplikator .....	252
cc) Berechnungsregeln .....	252
dd) Tarife der Kantone .....	252
h) Verfahren .....	252
aa) Grundsätze .....	252
bb) Melde- und Anzeigepflicht .....	253
cc) Steuerinventar .....	253
dd) Veranlagungs- und Rechtsmittelverfahren .....	254

ee) Änderung rechtskräftiger Entscheide (Revision)	255
ff) Strafbestimmungen	255
(1) Allgemeines	255
(2) Steuerübertretungen/Widerhandlungen gegen das Steuergesetz	256
(3) Steuerhinterziehung (straflose Selbstanzeige und Nachbesteuerung)	256
(4) Übertretungen im Inventarverfahren (Kanton Bern)	257
(5) Steuervergehen (Steuerbetrug)	257
gg) Bezug und Sicherung	258
(1) Solidarhaftung	258
(2) Gesetzliches Grundpfandrecht	258
(3) Anrechnung und Rückerstattung	258
(4) Verhältnis zu anderen Steuern	258
4. Tabellarische Übersicht der Erbschafts- und Schenkungs- steuern der schweizerischen Kantone	259
<b>IV. Grundzüge des deutschen Erbschaft- und Schenkungs-     steuerrechts</b>	267
1. Gesetzliche Grundlage	267
2. Steuerpflichtige Vorgänge (sachliche Steuerpflicht)	267
a) Erwerb von Todes wegen	267
b) Schenkungen unter Lebenden	268
c) Zweckzuwendungen	268
d) Familienstiftungen und Vereine mit Familieninter- sen-Zweck	268
3. Steuerschuldner (persönliche Steuerpflicht)	268
a) Allgemeines	268
b) Unbeschränkte Steuerpflicht	269
c) Erweiterte unbeschränkte Steuerpflicht	269
d) Beschränkte Steuerpflicht	269
4. Steuerbemessung	269
a) Steuerwertermittlung	269
b) Steuerbefreiung	270
aa) Zugewinn bei Zugewinnsgemeinschaft	270
bb) Weitere sachliche Steuerbefreiungstatbestände	270
cc) Persönliche Steuerfreibeträge	271
(1) Steuerklassen	271
(2) Steuerfreibeträge (§ 16 ErbStG)	271
5. Steuerberechnung (§ 16 ErbStG)	272
6. Steuerfestsetzung und Erhebung	272
a) Pflicht zur Anzeige des Erwerbs	272
b) Steuererklärung	272
c) Anrechnung ausländischer Erbschaftsteuer	272

<b>V. Das Doppelbesteuerungsabkommen Deutschland – Schweiz</b>	273
1. Historischer Hintergrund	273
2. Zweck	273
3. Anwendungsbereich	274
a) Persönlicher Anwendungsbereich	274
b) Sachlicher Anwendungsbereich	274
4. Zuteilung des Rechtes auf Besteuerung des Nachlasses	275
a) Begrifflichkeiten	275
b) Besteuerung durch Erblasser-Wohnsitzstaat (Auffangtatbestand)	275
c) Besteuerung durch Belegenheitsstaat	275
d) Überdachende Besteuerung durch Deutschland	275
e) Nachbesteuerung durch Deutschland	276
aa) Nachbesteuerung aufgrund Auswanderung des Erblassers	276
bb) Nachbesteuerung aufgrund ständiger Wohnstätte des Erbwerbers	277
5. Abzug von Schulden	277
6. Methoden zur Vermeidung der Doppelbesteuerung	277
a) Vorbemerkungen	277
b) Deutschland: Anrechnungsmethode	278
c) Schweiz: Freistellungsmethode unter Progressionsvorbehalt	278

## **J. Bundesrechtliche Beschränkungen des Erwerbs oder der Nutzung von Grundeigentum**

<b>I. Allgemeines</b>	279
<b>II. Bundesgesetz über den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland (Bewilligungsgesetz; sog. „Lex Koller“)</b>	279
1. Allgemeines	279
2. Bewilligungspflicht und deren Ausnahmen	280
a) Bewilligungspflicht und Bewilligungsgründe	280
b) Ausnahmen von der Bewilligungspflicht	280
aa) Grundstück als ständige Betriebsstätte eines Unternehmens	280
bb) Grundstück als Hauptwohnung	280
cc) Übrige Ausnahmen gemäss Katalog von Art. 7 BewG	280
(1) Gesetzliche Erben im Sinne des schweizerischen Rechts im Erbgang (Art. 7 lit. a BewG)	280

(2) Verwandte des Veräußerers in auf- und absteigender Linie sowie der Ehegatte oder eingetragene Partner des Veräußerers (Art. 7 lit. b BewG) .....	281
(3) Mit- oder Gesamteigentümer (Art. 7 lit. c BewG) .....	281
<b>III. Bundesgesetz über Zweitwohnungen (Zweitwohnungsgesetz) .....</b>	<b>281</b>
1. Allgemeines .....	281
2. Bewilligungsverbot für neue Zweitwohnungen in Gemeinden mit über 20 Prozent Zweitwohnungsanteil ..	282
a) Begriff Zweitwohnungen .....	282
b) Bewilligungsverbot für neue Zweitwohnungen .....	282
c) Bestehende Wohnungen .....	282
<b>IV. Bundesgesetz über das bäuerliche Bodenrecht .....</b>	<b>282</b>
<b>Sachregister .....</b>	<b>283</b>